Stiftung will Einfluss von Vertriebenen schmälern

Berlin (dpa) - Die Bundesstiftung «Flucht, Vertreibung, Versöhnung» will den Einfluss des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Erika Steinbach an der Spitze auf die geplante Vertriebenen-Gedenkstätte schmälern.

Der Stiftungsrat, der die Arbeitsschwerpunkte absteckt, soll um drei auf 15 Mitglieder erweitert werden. Die Neumitglieder sollen drei Persönlichkeiten mit Flüchtlingserfahrungen aus der aktuellen Zeit sein, heißt es in einer Mitteilung der Stiftung vom Dienstag.
Sie könnten beispielsweise aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen, das jahrelang von Bürgerkrieg erschüttert wurde.

Die geplante Erweiterung des Stiftungsrates gilt als Signal gegen den BdV. Dieser sieht sich als Interessenvertretung der bis zu 14 Millionen Deutschen und ihrer Nachkommen, die als Folge des Zweiten Weltkrieges vertrieben wurden. Vorgesehen ist, dass der BdV drei Sitze in dem 13-köpfigen wissenschaftlichen Beirat der Stiftung besetzt. Der Beirat ist für die Tagesarbeit zuständig. BdV- Präsidentin Steinbach will den einen, bislang noch offenen Platz im Beirat einnehmen. Dies stößt jedoch in Polen auf Widerstand. Dort wird ihr vorgeworfen, die deutsche Kriegsschuld durch die Erinnerung an deutsche Opfer relativieren zu wollen.

Über die Personalie Steinbach ist auch die schwarz-gelbe Koalition uneins: FDP-Chef und Vizekanzler Guido Westerwelle lehnt im Gegensatz zur Union eine Besetzung des Postens mit Steinbach ab. Letztlich muss die Bundesregierung entscheiden. Steinbach stellte ihr ein Ultimatum, das Thema über die Weihnachtsfeiertage zu beraten. Auch die Entscheidung über die von der Stiftung nun vorgesehene Erweiterung des Stiftungsrates liegt in der Hand der Regierung. dpa bg yydd n1 bk 081212 Dez 09